

CDU-Oppositionsführer Worms fordert Konsequenzen:

Gladbecker Geiseldrama muß jetzt parlamentarisch geklärt werden

Der tragische Ausgang des Gladbecker Geiseldramas, die teilweise gespenstischen Szenen, die die bundesdeutsche Öffentlichkeit in den Medien miterleben mußte, sowie das späte Eingreifen der Polizei erfordern nach Ansicht der CDU im nordrhein-westfälischen Landtag unverzügliche und rückhaltlose parlamentarische Aufklärung. Die Fraktion der CDU beantragt daher

die sofortige Einberufung des Hauptausschusses sowie des Innen- und Rechtsausschusses des Landtages.

In einer gemeinsamen Sitzung der Innenausschüsse des Landtages von Nordrhein-Westfalen und der Bremer Bürgerschaft, an der auch Bundesinnenminister Zimmermann teilnehmen sollte, muß insbesondere geklärt werden, warum die verantwortliche Einsatzleitung nicht die bereitstehenden Spezialkommandos der GSG 9 den entscheidenden Einsatz führen ließ.

Die von der CDU beantragte Hauptausschußsitzung soll mit den Intendanten von ZDF, Prof. Dieter Stolte, und WDR, Friedrich Nowotny, und NDR, Peter Schiwy, sowie dem Sprecher des Deutschen Presserates, Kreitmeir, durchgeführt werden. Dabei sollen das rücksichtslose und sensationsheischende Vorgehen einiger Medienvertreter aufgearbeitet und notwendige Konsequenzen gezogen werden.

Die Tatsache, daß erneut Gewaltverbrecher durch die Gewährung eines Haftur-

laubes in die Lage versetzt wurden, neue Verbrechen zu begehen, wird der Rechtsausschuß des Landtages untersuchen müssen. Geklärt werden muß insbesondere die Frage, wie es möglich war, daß der seit fast zwei Jahren gesuchte Gewaltverbrecher Rösner in seiner Heimatstadt Gladbeck unbehelligt leben konnte.

In einer ersten Wertung der ungeheuerlichen Vorgänge nahm CDU-Oppositionsführer Worms den NRW-Innenminister Schnoor in die politische Verantwortung: „**Vom Ergebnis dieser parlamentarischen Untersuchungen, die unverzüglich beginnen müssen, wird es abhängen, welche personellen Konsequenzen von der Landesregierung zu ziehen sind**“ (*Bericht folgt*).

Schnelldienst zur Steuerreform

Im aktuellen bi-Schnelldienst geben die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) einen gestrafften Überblick über die kürzlich von der Bundesregierung beschlossene Steuerreform.

Darin werden die Auswirkungen der allgemeinen Steuersenkung, die jedem Arbeitnehmer zugute kommt, detailliert erläutert.

Der bi-Schnelldienst kann über die CDA-Sozialsekretäre oder über die Betriebs- und Personalräte der CDA bezogen werden.

CDU-Generalsekretär Linssen:

Sozialhilfe rückwirkend anheben

Die rückwirkende Erhöhung der Hilfe zum Lebensunterhalt für die 800 000 Sozialhilfeempfänger in Nordrhein-Westfalen ab 1. Juli 1988 hat CDU-Generalsekretär Helmut Linssen gefordert.

Linssen warf der Regierung Rau vor, im Bündnis mit den SPD-regierten Bundesländern Saarland und Bremen eine „unrühmliche Vorreiterrolle“ bei der Verzögerung der Sozialhilfeanhebung auf den 1. September zu spielen. Linssen: „Es war jahrelange und einheitliche Praxis, die Sozialhilfe zeitgleich mit den Renten zum 1. Juli anzuheben. Es gibt keinen Grund, jetzt zu Lasten der Sozialhilfeempfänger davon abzuweichen, wie es

NRW im letzten Jahr erstmals praktiziert hat. Das ist unsozial und trifft Bedürftige, die keine lautstarke Lobby haben.“

Die rückwirkende Erhöhung zum 1. Juli würde bei einem Gesamtvolumen der nordrhein-westfälischen Sozialhilfe von 3,5 Milliarden ca. 12 Millionen Mark ausmachen, erklärte Linssen. Dabei gehe er von einer Anhebung um 2,5 Prozent aus. Offenbar bestehe aber im Kabinett Rau noch Streit um den Erhöhungssatz. Linssen: „Dort gibt es zur Zeit drei Varianten.“ Im Gespräch sind Anhebungen um ein, zwei oder 2,5 Prozent.“ Die NRW-CDU plädierte eindeutig für 2,5 Prozent, sagte Linssen.

Info-Treffs zur Gesundheitsreform

Die Kommunalpolitische Vereinigung der Christlich Demokratischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen e. V. (KPV) veranstaltet in den kommenden Wochen und Monaten eine Reihe von Info-Treffs, in denen die „kommunalen Aspekte der Strukturreform im Gesundheitswesen“ beleuchtet werden sollen.

Wer an einer Teilnahme interessiert ist, kann sich über seine CDU-Kreisgeschäftsstelle anmelden. Folgende Termine stehen bisher fest:

Soest/HSL/Mark	Mi. 14. 9.	20.00	Möhnesee, Restaurant „Der Seehof“
Mittelrhein	Fr. 16. 9.	18.00	Köln, Historisches Rathaus
Münsterland	Mo. 19. 9.	18.30	Ostbevern, Alter Gasthof Sendker
Bergisches Land	Di. 20. 9.	19.00	
Ruhrgebiet	Mi. 21. 9.	18.30	Gladbeck, Hotel Schultenhof
Ostwestfalen-Lippe	Do. 22. 9.	18.30	Paderborn, Kolpinghaus
Münsterland	Fr. 23. 9.	18.30	Borken, Stadthalle Vennehof
Ostwestfalen-Lippe	Sa. 24. 9.	10.00	Herford, Gaststätte Pfennigkrug
Ruhrgebiet	Mi. 5. 10.	18.30	Dortmund Kongreßzentrum Westfalenhalle
Siegen/Olpe	Mo. 10. 10.	19.30	Wenden, Hotel „Zeppenfeld“
Mittelrhein	Di. 11. 10.	18.00	Bonn-Bad Godesberg Karl-Arnold-Bildungsstätte

SPD-Minister Matthiesen versagte im Hormon-Skandal

Öffentlichkeitsshow statt wirksamer Verbraucherschutz

Dem Verbraucher und der Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland in der EG hat der SPD-Umweltminister Klaus Matthiesen durch sein schlampiges, EG-Recht verletzendes Vorgehen beim Hormon-Kälberskandal großen Schaden zugefügt. Dies erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Hubert Doppmeier, und der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok am Donnerstag in Düsseldorf.

Durch verspätetes Handeln seien hormonbehandelte Kälber wochenlang im In- und Ausland in den Handel gekommen. Die Mißachtung der EG-Rückstandsrichtlinie (Art. 9) und der EG-Hormonrichtlinie (Art. 8) durch Matthiesen habe weiterhin dazu geführt, daß Bonn und Brüssel mindestens 14 Tage zu spät in Kenntnis gesetzt worden seien.

Dadurch habe insbesondere das EG-weite Informationsnetz zum Schutz der Verbraucher nicht in Gang gesetzt und eine rechtlich vorgeschriebene umfassende Kontrolle von bereits in den Verkehr gebrachten Kälbern außerhalb Nordrhein-Westfalens nicht durchgeführt werden können.

Mindestens schon am 14. 7. habe im Hause Matthiesen ein konkreter Tatverdacht bestanden, aber erst am 29. 7. habe Bonn davon erfahren — durch eine Agenturmeldung.

Doppmeier und Brok: „Matthiesen war mehr an einer auf seine Person zugeschnittenen Öffentlichkeitsshow als an schnellen, den Verbraucher schützenden Maßnahmen interessiert. Seine starken Worte gegen beanstandete Schweinefleischimporte aus den Niederlanden haben angesichts des eigenen Versagens nun wenig Durchschlagskraft.“

Offensichtlich arbeite er auch in dieser Frage nicht intensiv mit Brüssel zusammen, um in den Niederlanden die Mißstände abzustellen. Vielmehr lege er ausschließlich Wert auf Grenzkontrollen, „um seiner Politik des wöchentlichen Skandals“ die Basis zu geben.

Noch mehr Wachstum

Kein Grund zur Schwarzmalerei — die Wachstumssignale stehen auf Grün! Dies stellte jetzt die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU NRW, Christa Thoben, fest.

Die Steuerreform der CDU habe den Bürgern seit Januar 14 Milliarden Mark mehr an Kaufkraft beschert; im Vergleich zum Vorjahr habe jeder Arbeitnehmer vier Prozent mehr Geld in der Tasche. Dies stärke die Binnen-nachfrage.

So rechnet das Ifo-Institut für dieses Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 2,75 Prozent. Da es auch stabile Preise gebe, so Thoben, werde auch 1989 der Aufschwung weitergehen. Dies sei ein Beweis für die richtige Wirtschaftspolitik der CDU.

Termine

30. 8. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
3. 9. 1988	10.30 Uhr	Schulpolitische Kundgebung mit Norbert Blüm	Leverkusen
3./4. 9. 1988		LFA Sport/Bu. Veranstaltung	Warendorf
8. 9. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Düsseldorf
9. 9. 1988	15.00 Uhr	LFA Sicherheitspolitik	
10. 9. 1988	12.00 Uhr	Vorsitzendenkonferenz CDA NRW mit Norbert Blüm	Schwelm
10./11. 9. 1988	10.00 Uhr	5. NRW-Tag der JU	Lübbecke
15. 9. 1988		LFA Innenpolitik	Düsseldorf
16. 9. 1988	15.00 Uhr	LFA Umweltpolitik	Essen
19. 9. 1988		LFA Außen- und Deutschlandpolitik	Düsseldorf
24. 9. 1988		Fachkongreß „Ist Arbeit alles? — Sport — Freizeit — Gesundheit“	Leverkusen
1. 10. 1988		Kongreß: „Die Zukunft der Fachhochschulen. Ideen schmieden für unser Land“	Bochum
4. 10. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
5. 10. 1988	15.00 Uhr	LFA Kulturpolitik	Erkelenz
8. 10. 1988	10.30 Uhr	KPV/NW-Fachtagung „Wasserwerke als Eigenbetrieb“	Kerpen
13. 10. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Düsseldorf
14. 10. 1988		Unternehmergespräch mit Ministerpräsident Lothar Späth	Düsseldorf
15. 10. 1988	10.00 Uhr	Tagung „Sitzungen Wehrpflichtiger“	Augustdorf
18. 10. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Dr. Erich Riedl, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium	Heinsberg
26. 10. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Umwelt- minister Karlheinz Weimar	Hessen
29. 10. 1988	10.00 Uhr	Fachtagung „50 Jahre Reichskristallnacht“	Münster
10. 11. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Bundesminister Schäuble	Köln
11. 11. 1988	15.00 Uhr	LFA Sicherheitspolitik	
12. 11. 1988		5. Landesparteitag	Aachen